



Aarburg

Stadt Aarburg Zentrale Dienste

Städtchen 37
Postfach 32
4663 Aarburg

E-Mail zentraledienste@aarburg.ch
Web www.aarburg.ch

Zur Veröffentlichung ab sofort

Verteiler:

- Gemäss E-Mail-Verteilerliste
- Internet + Newsletter
- Akten SR O1.6.3 NadR
- Akten SR A1.3.5
- Akten SR F3.7.7

17. Dezember 2024

Nachrichten aus dem Rathaus

Budget 2025

Stadtpräsident Hans-Ulrich Schär bezieht Stellung

zum möglichen Referendumsbegehren der Ortspartei *FDP.Die Liberalen*

Geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Liebe Aarburgerinnen und Aarburger

Lebenswerter Wohnort für Familien sowie für Jung und Alt, Marktplatz für langjährige Geschäftsinhaber, attraktiver Wirtschaftsstandort für verschiedene renommierte Unternehmen und schliesslich vielgeliebte Heimat für alle Bürgerinnen und Bürger – das ist Aarburg.

Doch aktuell wird der Entwicklungsprozess durch ein drohendes Referendum der Ortspartei *FDP.Die Liberalen* gegen das durch die Einwohnergemeindeversammlung genehmigte Budget 2025 mit einem unveränderten Steuerfuss von 116 % überschattet.

Transparenz und haushälterischer Umgang mit öffentlichen Mitteln

Die Posten im vorgelegten Budget wurden auf Einsparpotenzial vorgängig in zwei Lesungen durch den Stadtrat gemeinsam mit den Abteilungsleitenden überprüft, um die Kosten zu reduzieren. Durch diese proaktiven Auseinandersetzungen gelang es dem Stadtrat, ein Budget vorzulegen, das die finanziellen Grenzen von Aarburg respektiert und gleichzeitig die Qualität der öffentlichen Leistungen sichert.

An der Einwohnergemeindeversammlung vom 22. November 2024 stand das Budget für das kommende Jahr 2025 zur Debatte. Das Budget 2025 sieht mit einem unveränderten Steuerfuss von 116 % einen Ertragsüberschuss von CHF 166'300 vor. Die Nettoinvestitionen betragen CHF 7'133'000.



Die Ortspartei *FDP.Die Liberalen*, vertreten durch Werner Steiger (Präsident), stellte im Rahmen der Debatte einen Antrag zur Herabsetzung der budgetierten Personalkosten um CHF 500'000. Die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger liessen sich nicht beirren und entschieden sich mit 37:25 Stimmen gegen den Antrag der *FDP.Die Liberalen*.

So war das Budget 2025 nach der anschliessenden Schlussabstimmung mit grossmehrheitlicher Zustimmung durch die Einwohnergemeindeversammlung beschlossene Sache.

Aarburg droht ein budgetloser Zustand

Doch die Lohnkosten für das städtische Personal sorgen nun, nach vorgängiger Mitteilung zur Einreichung eines Referendums gegen die Beschlussfassung der Einwohnergemeindeversammlung durch die *FDP.Die Liberalen*, für Diskussionen.

Nun droht Aarburg durch das Vorgehen der *FDP.Die Liberalen* ein budgetloser Zustand über Monate. Laut Gesetz darf Aarburg wegen des fehlenden Budgets zwar Geld ausgeben, aber nur für Gebundenes und Unerlässliches.

Hohe Kosten bedeuten aber nicht zwingend eine verschwenderische Haushalts- und Personalpolitik.

Das Budget 2025 in der vorliegenden Fassung enthält alle öffentlichen Aufgaben. Es zeigt bei den Personalkosten ein beachtliches Wachstum, das sich vor allem durch Entscheidungen der Einwohnergemeindeversammlung und des Stadtrats ergibt.

- Stellenplan der Stadtverwaltung Aarburg; Juni 2024, grossmehrheitlich durch die Einwohnergemeindeversammlung genehmigt, sieht neu 64,97 Vollzeitstellen vor, was einer Erhöhung von 1,8 Vollzeitstellen entspricht. Die budgetierten Personalkosten 2025 basieren auf dem genehmigten Stellenplan.
- Aufstockung der Pensen in der Abteilung Soziale Dienste um 180 % auf neu 1'350 % ab 1. Januar 2025; Juni 2024, grossmehrheitlich durch die Einwohnergemeindeversammlung genehmigt. Daraus und durch die verschiedenen Wechsel entstehen erhöhte Lohnkosten von CHF 320'000. Diesen stehen Einsparungen von Drittleistungen in der Höhe von CHF 350'000 gegenüber.
- Für einen guten *Service Public* brauchen wir motivierte Mitarbeitende, sonst sind die alltäglichen Dienstleistungen für die Bevölkerung und die zahlreichen anstehenden Herausforderungen in Bereichen wie Bildung, Klimaschutz und Verkehr nicht zu bewältigen. Hierfür wurde eine Pauschale von 1.5 % oder CHF 93'670 der Lohnsumme für individuelle Anpassungen im Budget 2025 vorgesehen.
- Von 2022 bis heute wurde die Verwaltung durch viele Personalwechsel belastet. Der Ersatz der bestehenden Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erwies sich als schwierig, da man die Stellen durch Mitarbeitende mit der gewünschten Qualifikation besetzen will. Der Umstand hat dazu geführt, dass diese Stellen häufig nur durch höhere Lohnkosten ersetzt werden konnten. Hieraus resultieren CHF 161'600 Mehrkosten.
- Der rund vier- bis fünfmonatige Badebetrieb, das Ein- und Auswintern der Anlage ausserhalb der Saison, Kontrollaufgaben, Pflege der Anlage sowie Koordinationsaufgaben verursachen zusätzliche Drittkosten. Daher genehmigte der Stadtrat eine Stelle für einen ganzjährig beschäftigten Betriebsleiter, welcher auch während der Saison als Bademeister tätig ist. Die zusätzlichen Lohnkosten belaufen sich auf CHF 105'000.
- Schaffung einer neuen Abteilungsleitungsstelle (Abteilungsleitung Personaldienste), zusätzliche Stelle (50%) in der Schulverwaltung und erhöhter Bedarf an Musiklehrern verursacht eine Lohnkostensteigerung von CHF 108'700.

Dies führt gesamthaft zu einer budgetierten Personalkostensteigerung von CHF 785'100.



Das Wachstum ist aus Sicht des Stadtrats allerdings notwendig, um die öffentlichen Aufgaben angemessen zu gewährleisten, zumal es in den letzten Jahren zunehmend schwieriger geworden ist, fachlich gut ausgebildetes Personal zu gewinnen.

Daraus ergibt sich eine **durchschnittliche Lohnsumme** von **CHF 98'000 im Budgetjahr 2025** (CHF 94'000 / Budget 2024; CHF 95'000 / Budget 2023).

Finanzplanung und Infrastruktur

Der Ausblick in der Finanzplanung wird durch den Ausbau der Infrastruktur geprägt und sieht hohe Investitionsausgaben vor. Über die ganze Planungsperiode 2025 bis 2034 liegen die Investitionen der steuer- und gebührenfinanzierten Bereiche bei rund CHF 77 Mio.. Die aktuelle Ertrags- und Aufwandsentwicklung zeigt, dass der Steuerfuss von 116 % ausreicht, damit die Erfolgsrechnung mittelfristig ausgeglichen bleibt und die Stadt Aarburg ihre Investitionsvorhaben mit einer finanzierbaren Verschuldung realisieren kann – und das alles im Interesse der Erhaltung der Standortqualität.

Die zukünftige Entwicklung des Finanzhaushaltes der Stadt Aarburg wird also weniger von den städtischen Personalausgaben belastet, sondern einerseits von der konjunkturellen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Steuererträge und andererseits von Umfang und Zeithorizont der Investitionsvorhaben abhängen.

Was als nächstes passiert

Der Stadtrat hat in Vorbereitung auf den drohenden budgetlosen Zustand einen Leitfaden für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erarbeitet und genehmigt. So dürfen die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung generell bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Budgets keine neuen Ausgabenverpflichtungen eingehen, soweit nicht das Kriterium der Unumgänglichkeit erfüllt ist. Dies betrifft vor allem Ausgaben der Bereiche Sach- und übriger Betriebsaufwand, Aus- und Weiterbildung des Personals, Beiträge an Gemeinwesen und Dritte sowie Finanzaufwand des Finanzvermögens. Betroffen davon sind alle Funktionen des Budgets, in hohem Ausmass aber die Funktion Kultur, Sport und Freizeit, wo viele Ausgaben weder gebunden noch unumgänglich sind.

Ausblick des Stadtrats

In den nächsten Jahren wird nachdrücklich die Digitalisierung der Stadtverwaltung vorangetrieben. Es soll immer weniger papierbezogene interne Prozesse der Stadtverwaltung geben. Für die Bürgerinnen und Bürger von Aarburg werden die Möglichkeiten des *digitalen Rathauses* stetig weiter ausgebaut.

Dem Stadtrat war es immer wichtig, Aarburg als Standort weiter zu entwickeln und auch dadurch den Zusammenhalt und das bürgerschaftliche Engagement mittelbar zu stärken, um Aarburg städtebaulich, sozial und kulturell zu gestalten.

Es gibt sicher weiterhin noch viel zu tun und wir stellen uns diesen Aufgaben – auch im kommenden Jahr 2025 - mit Ihrer Unterstützung und Ihrem Vertrauen.

Im Namen des Stadtrats

Hans-Ulrich Schär
Stadtpräsident

Rückfragen richten Sie bitte an Stadtpräsident Hans-Ulrich Schär, Tel. 079 352 99 03